



## Sparpaket überschreitet die rote Linie

Hier das gekürzte Votum von Kantonsrätin Felicitas Zopfi-Gassner bei der Eintretensdebatte zum Abbaupaket Leistungen und Strukturen II, Kantonsratssession vom 4. November 2014

«Leistungen und Strukturen II» ist das Resultat der missglückten Steuerstrategie. Die bürgerliche Mehrheit des Kantons Luzern war zu grosszügig beim Verteilen von Steuergeschenken. Dass wir weniger Geld aus dem NFA erhalten, ist ebenfalls eine Folge der Steuerstrategie und war voraussehbar. Der ebenfalls vorauszu- sehende Ausfall der Gewinnausschüttung der Nationalbank verschärft die Finanzprobleme, ist aber nicht die Ursache dafür. Die Ursache ist und bleibt die Steuerstrategie.

Wir sehen den Handlungsbedarf grundsätzlich auf der Einnahmenseite und nicht bei den Ausgaben. Die Ausgaben haben wir im Griff. Diese grundsätzliche Einschätzung bestätigt die Studie der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK Basel).

Die Ausgaben liegen im langjährigen Schnitt deutlich unter dem regionalen Bruttoinland- produkt (BIP). Die Ausgaben des Kantons Lu- zern liegen 12 Prozent unter dem Durchschnitt aller Kantone und 5 Prozent unter dem Durch- schnitt der Peer Group. Bei den Ausgaben ist also kein dringender Handlungsbedarf vorhanden.

Es kann ja wohl nicht ernsthaft das Ziel sein, bei den Ausgaben und damit auch bei den Leistungen im schweizerischen Durchschnitt noch tiefer abzurutschen. Wenn wir dies tun, verlieren wir zusehends an Attraktivität und dann werden die tiefen Steuersätze zum dop- pelten Bumerang: leere Kassen und ein schwaches Leistungsangebot.

Mit einer kleinen Erhöhung der Gewinn- steuer bei Unternehmen und einer sehr mode- raten Anhebung der Vermögenssteuer könnten wir auf den unerträglichen Teil des Sparpaketes verzichten. Mit einer Erhöhung der Unterneh- mens- und der Vermögenssteuer um die Hälfte hätten wir jährlich gut 40 Millionen Franken mehr zur Verfügung.

Auch hier wird unsere Stossrichtung von der Studie der BAK Basel bestätigt: Wir schöp- fen unser Potenzial nicht ab. Es wird auch nie- mand wegen dieser sehr moderaten Steuerer- höhung unseren Kanton verlassen und diese Erhöhung tut niemandem weh.

Beim Sparpaket sieht es aber ganz anders aus. Das Sparpaket ist für viele Menschen sehr schmerzhaft. Dieses Mal sind vor allem Men- schen mit einer Behinderung, einer psychi- schen Erkrankung oder Menschen, die sowieso nicht viel haben, betroffen. Damit wird eine rote Linie überschritten.



Am 30. Oktober reichten wir mit 4540 Unterschriften die Initiative für faire Unternehmenssteuern ein.

Kinder und Jugendliche mit einer Behin- derung müssen auf Ferien- und Wochenend- betreuung verzichten. Die Betreuung durch Fachkräfte fällt für 13 Wochen weg. Das bringt Familien über die Belastungsgrenzen. Für Er- wachsene mit einer schweren Behinderung wird die Betreuung ebenfalls abgebaut und die Platzzahl soll eingefroren werden.

Meine Damen und Herren, wir haben kei- nen Einfluss auf die Anzahl der Menschen, die auf einen Pflegeplatz angewiesen sind. Gott sei Dank nicht. Die Institutionen haben die ge- setzliche Pflicht, genügend Plätze zu schaffen, und der Kanton Luzern hat die Pflicht, dafür zu bezahlen. Die Sparmassnahmen im SEG- Bereich sind beschämend, unerträglich und absolut unchristlich!

Der Abbau beim öffentlichen Verkehr ist total kontraproduktiv. Um Geld zu sparen, wer- den Fahrpläne ausgedünnt. Was ist die Folge? Wenn der Bus nicht mehr fährt, nimmt man das Auto. Die bereits jetzt ausgelasteten Zent- ren werden den zusätzlichen Verkehr kaum mehr aufnehmen können.

Das Stauproblem, das eigentlich gelöst wer- den sollte, wird mit dieser Massnahme zusätz- lich verschärft und die grösseren Gemeinden vor noch grössere Probleme gestellt.

Im vorliegenden Bericht heisst es, die Ver- antwortung für die einzelnen Massnahmen lägen beim Verkehrsverbund Luzern. Das Gleiche gilt wahrscheinlich auch für die SEG- Institutionen und die Luzerner Psychiatrie. Aber das stimmt doch einfach nicht. So ein- fach dürfen wir uns die Sache nicht machen. Die Verantwortung liegt ganz klar bei uns, bei uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten.

Wir und niemand anders beschliessen die Kürzungen der Gelder und lösen damit den Leistungsabbau aus.

Menschen mit einer Behinderung, Fami- lien, vorläufig aufgenommene Personen, IV- Rentnerinnen und -Rentner und das Personal müssen bezahlen, damit die Unternehmen und die Vermögen tief besteuert werden kön- nen. Ist das gerechtfertigt? Könnt ihr das mit eurem Gewissen vereinbaren?

Die SP/JUSO-Fraktion kann das nicht.



Felicitas Zopfi  
Kantonsrätin SP/JUSO

## PRIVATE ALTERSHEIME

## Weniger Leistung, mehr Gewinn

«Es ist nicht möglich, mit dem Betrieb eines Alters- und Pflegeheims Gewinne zu erwirtschaften, weil jedes Detail vom Kanton vorgeschrieben wird.» Das habe ich oft zu hören bekommen, wenn ich die Privatisierung von Alters- und Pflegeheimen als Teil des kapitalistischen Plans gezeisselt habe, aus öffentlichen Diensten ein profitorientiertes Geschäft machen zu wollen, um das Kapital der Besitzenden anzuhäufen. Ein Bericht in der Sonntagszeitung vom 28. September war denn auch keine Genugtuung für mich. Bereits die Einleitung in diesem Bericht sagt eigentlich alles: «Viele Alters- und Pflegeheime belegen gemäss einer Statistik des Bundesamts für Gesundheit (BAG) mehr Betten als erlaubt und beschäftigen weniger Personal als vorgeschrieben.» Ein erschütternder Bericht, der die Kantone nicht gut aussehen lässt.

Von den rund 1600 Alters- und Pflegeheimen in der Schweiz schrieben 850 im Jahr 2012 einen Gewinn von insgesamt einer Viertelmilliarde Franken. Die BAG-Statistik zeigt erstmals auf, wie mit illegalen Tricks die Alters- und Pflegeheime systematisch ausgepresst werden – immer zulasten des Personals, der Betagten und der öffentlichen Hand. Es ist be-

drückend, sich vorzustellen, dass Betagte nur als Kostenfaktor betrachtet werden. Sie werden zu früh ins Bett geschickt, werden von unqualifiziertem Personal gewaschen und riskieren bei Sonderwünschen angeschnauzt zu werden. Menschlichkeit ist für die zum Teil börsenkotierten Pflegeheimketten offenbar ein Fremdwort.

### Menschlichkeit ist für die zum Teil börsenkotierten Pflegeheimketten offenbar ein Fremdwort.

Ein weiterer Trick gewisser Pflegeheime ist, mehr Betten zu belegen, als vom jeweiligen Kanton bewilligt worden sind. Dieses Verhalten ist illegal; denn die Heime dürfen nur für bewilligte Betten Pflegeleistungen über die Krankenkassen und die öffentliche Hand abrechnen. Offenbar drücken viele kantonale Ämter ein Auge zu. Doch die Krankenkassen beginnen sich zu wehren und fordern Geld zurück, wenn sie von Überbelegungen erfahren. Gut so. Gegen einen weiteren Trick der Branche geht die Stadt Zürich neuerdings mit systematischen Dossierüberprüfungen vor: Bei einem Drittel von 900 überprüften Betag-

ten-Dossiers wurde eine zu hohe Einstufung festgestellt. Bereits bei einem einzigen Heimbewohner kann das gegen 10 000 Franken im Jahr ausmachen. Geld, das die Stadt Zürich jetzt zurückfordert. Gut so.

Aufhorchen lässt auch eine Auswertung des VPOD: Das Pflegepersonal verdient in privaten Alters- und Pflegeheimen im Durchschnitt rund 14 Prozent weniger als in staatlichen Heimen. Wie soll so der Pflegeberuf attraktiv sein für Menschen, die in unserem Land aufgewachsen sind? In der politischen Diskussion perfid ist, dass genau dieselben Kreise das Loblied der Privatisierung singen, die weniger Zuwanderung fordern. Genau deshalb müssen wir uns bei wirtschaftspolitischen Debatten vermehrt einmischen. Denn überlassen wir die Wirtschaftspolitik den Neoliberalen, erleben wir in allen Branchen Lohn- und Sozialdumping auf der einen und schlechtere öffentliche Dienste auf der anderen Seite. Und das wäre für uns alles andere als gut so.



Giorgio Pardini  
Kantonsrat

## JUSO KANTON LUZERN

## Wir führen mehr als einen Wahlkampf

Für die JUSO Kanton Luzern findet im März 2015 mehr als nur Wahlkampf statt. Es ist ein Deutungskampf, es ist ein Kulturkampf, den wir als Linke in diesem Wahljahr zu führen haben werden und den wir zu führen verpflichtet sind. Die universellen Werte offener, moderner Gesellschaften (Freiheit, Gleichheit, Solidarität) sind während Jahren in Bedrängnis geraten durch einen neoliberalen, rechtsbürgerlichen Mainstream, der keine Scham dabei empfindet, einige wenige Privilegierte auf Kosten der Gesellschaft zu über-vorteilen.

Der kontinuierliche Abbau, die fortschreitende Demontage des namentlich durch die Sozial-

demokratie hervorgebrachten Sozialstaates ist Ausdruck dieser Gesinnung. Wenn im Kanton Luzern zur Quersubventionierung einiger Vermögender und Unternehmen ein Sparpaket nach dem anderen verabschiedet wird, wenn die finanziellen Ausfälle auf Personen mit mittlerem und tiefem Einkommen abgewälzt werden, wenn die verschenkten Steuergelder bei Schulen, Heimen und allen weiteren Leistungserbringern unter schmerzhaftem Qualitätsverlust eingespart werden müssen, dann können wir nicht mehr von finanzpolitischen Meinungsverschiedenheiten sprechen. Diese Entwicklungen sind Symptom einer unflexiblen Ideologie, welche

die Gesellschaft spaltet und ent-solidarisiert.

Wir haben ein anderes Bild von Gesellschaft und Staat. Wir wollen in einem Kanton Luzern leben, wo Menschen ungeachtet ihrer Herkunft, sozialen Schicht und körperlichen Leistungsfähigkeit die gleichen Möglichkeiten offenstehen, gemäss ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten am öffentlichen Leben zu partizipieren. Das ist aber nicht möglich in einem Kanton, welcher sich auf Kosten der Betreuung behinderter MitbürgerInnen und der Bildung von SchülerInnen finanziell zu sanieren versucht, weil wichtiger erscheint, die Steuerprivilegien einiger weniger unangetastet zu lassen.

Dass die mehr als 200 Jahre alten Ideale von Freiheit, Gleichheit und Solidarität im neoliberalen Staatsverständnis vieler bürgerlicher PolitikerInnen keinen Platz mehr finden, ist beschämend. Wir werden der von ihnen angestrebten Entwicklung in einem fulminanten Wahlkampf entgegenhalten. Weil wir es wollen, weil wir es müssen und weil wir es gemeinsam mit der SP auch können.



Joël Mayo  
Präsident JUSO  
Kanton Luzern

# Neuer Zweck für die Volkshausgenossenschaft

**Nach dem Verkauf ihrer Liegenschaft am Pilatusplatz (Hotel Anker) hat sich die Volkshausgenossenschaft Luzern intensiv mit ihrer Zukunft beschäftigt. Resultat ist ein neuer Zweck: Die Förderung und Unterstützung regionaler Projekte und Institutionen im Sinne der Gründer der Genossenschaft.**

Gut zwei Jahre ist es her, dass die Generalversammlung der Volkshausgenossenschaft Luzern beschlossen hat, ihre letzte Liegenschaft – das unter dem Namen Hotel Anker allgemein bekannte Volkshaus am Pilatusplatz – zu verkaufen. In der Folge mussten sich die über hundertjährige Genossenschaft bzw. ihre Mitglieder (und dazu gehört auch die abl) überlegen, welchen Zweck sie künftig erfüllen will. Denn der Betrieb einer Gaststätte mit Restaurant, Saal und Unterkunft, wie es die Statuten vorgesehen haben, war nicht mehr möglich. «Es standen alle Zukunftsszenarien zur Debatte, bis hin zur Auflösung der Genossenschaft», sagt Giorgio Pardini, Präsident der Volkshausgenossenschaft Luzern. «Der Wunsch nach einer Weiterführung der Tradition der Genossenschaft hat aber überwogen.»



## Kapitalgewinne werden auf Gesuch hin vergeben

Das Genossenschaftsvermögen ist in der Zwischenzeit nach Kriterien der Nachhaltigkeit angelegt. Der jährliche Gewinn daraus soll ab sofort Projekten und Institutionen zugute kommen, welche im Sinne der Grundwerte der Ge-

nossenschaft agieren und sich per Gesuch an die Volkshausgenossenschaft wenden. Pardini erklärt: «Diese Grundwerte sind sozialer, kultureller und politischer Natur und müssen ethisch-nachhaltige Werte erfüllen. Es kann also vieles sein, vom Quartierfest oder einer politischen Kampagne über eine

Tanzproduktion bis hin zu Umweltschutzprojekten oder einem Klassenlager.»

## Bei Bedarf auch Know-how und Netzwerk

Bei der jährlich verfügbaren finanziellen Unterstützung wird es sich um einen Betrag im tieferen fünfstelligen Bereich handeln, je nach Verlauf der Wirtschaft. Pardini: «Wo wir können, stehen wir zusätzlich mit Know-how und Netzwerk zur Verfügung.» Alle Angaben zur Vergabe finden sich auf der neuen Website der Genossenschaft.

[www.volkshausgenossenschaft.lu](http://www.volkshausgenossenschaft.lu)



**Mario Stübi**  
Vorstandsmitglied der  
Volkshausgenossenschaft

# Schafft Ebikon 2014 den Schritt zu mehr demokratischer Mitwirkung?

**Zum vierten Mal nimmt Ebikon Anlauf, um sich mehr politische Partizipation zu sichern. Am 30. November wird an der Urne darüber abgestimmt, ob Ebikon ein Gemeindeparlament erhält.**

Der Wunsch nach stärkerer politischer Mitsprache und Mitbestimmung besteht in Ebikon nicht erst seit gestern. Drei Anläufe – 1973, 1987 und 2006 – wurden gemacht, aber jedes Mal war die Mehrheit der Bevölkerung mehr oder minder klar dagegen.

Die Ausgangslage scheint allerdings in diesem Herbst günstig: Der Support kommt praktisch vom ganzen politischen Spektrum. Die Initiative wurde von den Grünen, der GLP, der FDP und der SVP initiiert und ist mit fast 700 Unterschriften zustande gekommen. Sie verlangt die Schaffung eines Parlaments auf Gemeindeebene. Die SP Ebikon – als Mitkämpferin und Initiatorin bei den ersten drei Anläufen – zieht in der Abstimmungskampagne natür-

lich mit und empfiehlt die Schaffung eines Gemeindeparlaments. Einzig die CVP mag sich, wie 1987 und 2006, nicht für ein Gemeindeparlament erwärmen.

## Seit 1973 engagiert sich die SP Ebikon für einen Einwohnerrat

Das Engagement der SP Ebikon für einen Einwohnerrat begann vor 39 Jahren: 1973 – Ebikon hatte gerade mal etwas über 8000 Einwohner – nahm sich erstmals ein Aktionskomitee «Pro Einwohnerrat» vor, ein Gemeindeparlament einzuführen. «Ebikon steht mitten in Umstrukturierungen, wird von Neuzuzüglern fast überrollt», schrieb ws für die LNN damals. Und weiter meinte ws, der als gebürtiger Em-

mer auf eine gewisse Tradition zurückblicken konnte: «Der Einwohnerrat bringt Transparenz und sorgt dafür, dass Vorhaben aller Art rechtzeitig auf einer breiten Basis diskutiert werden können.»

Die Argumente pro Einwohnerrat – Transparenz, Mitsprache und Mitbestimmung – haben sich über die Jahre nicht verändert: 1987, als das Vorhaben dank der SP-Ebikon-Initiative «Für eine echte Demokratie» zum zweiten Mal vor die Gemeindeversammlung kam, schrieb unser heutiger Gemeinderat Peter Schärli in einer Kolumne: «Der Wunsch nach einem Einwohnerrat kommt nicht von ungefähr. Er ist Ausdruck einer Unzufriedenheit über den heutigen Zustand.»

>>>

Daran hat sich nichts geändert – weder 2006 beim dritten Anlauf, noch heute, wenn es am 30. November zur vierten Auflage kommt.

### Ebikon hat die nötige Grösse

Geändert haben sich – dem LNN-Prognostiker ws von 1973 wird's gefallen – seither die Einwohnerzahlen: Heute leben 13 000 Menschen in der Gemeinde am Nordrand von Luzern. Und sie wächst weiter. Zahlenmässig hat Ebikon die Grösse erreicht, um die politischen Geschäfte in einem Einwohnerrat zu beraten und somit einen öffentlichen Diskurs zu ermöglichen. Zumal die Aufgaben eines Gemeinwesens weit umfangreicher und komplexer sind als noch vor 39 Jahren. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Was einen dennoch nachdenklich stimmen könnte, sind die Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung, die der Gemeinderat vor Jahresfrist durchführen liess. Demnach gaben gut zwei Drittel der Befragten an, sie seien mit den (ziemlich beschränkten) Mitsprachemöglichkeiten zufrieden. Nun, auch Prognosen sind dazu da, widerlegt zu werden. Die SP Ebikon bekennt sich auch 2014 auf jeden Fall klar zu einem Gemeindeparlament.



**Erwin Rast**  
Vorstand SP Ebikon

### AGENDA

#### NOVEMBER 2014

Donnerstag, 20. November  
**Infoanlass für KandidatInnen und Interessierte**  
19 Uhr, Contenti, Luzern

Samstag, 22. November  
**ausserordentlicher Parteitag: Wahljahr 2015**  
13 Uhr, Adligenswil

Sonntag, 30. November  
**Abstimmungen**

### PAROLEN

#### KANTON LUZERN

Unigesetz **NEIN**

#### NATIONAL

Abschaffung Pauschalbesteuerung **JA**

Goldinitiative **NEIN**

Ecopop **NEIN**

## Meine ersten 60 Tage als Kantonsrat

Am 8. September also war es so weit. Ich wurde als Kantonsrat vereidigt und werde diesen Moment noch lange in Erinnerung behalten. In der Zwischenzeit sind zwei Monate vergangen und zwei Sessionen mit gesamthaft fünf intensiven Tagen sind vorbei.

Nicht vorbei ist unser Kampf für einen gerechten und solidarischen Kanton Luzern. Während ich in meiner ersten Session noch mehrheitlich als Beobachter am Ratsbetrieb teilnahm, war die Novembersession umso brisanter. Die Fülle und Dichte der Vorstösse und Abstimmungen war enorm.

Als ich am Dienstagmorgen vor dem Parlamentsgebäude eintraf, erwartete mich ein beeindruckender und betroffen machender Aufmarsch der vielen vom gepla(n)gten

Sparpaket betroffenen Menschen. Wir KantonsrätInnen wurden mit der Aktion darauf aufmerksam gemacht, dass Sparen auf Kosten der Schwächsten so nicht akzeptiert werde.

Mit der von unserer Fraktion im Vorfeld beantragten Sondersession hatten wir eine ausgezeichnete Plattform erhalten, um unsere Positionen und Haltungen zum geplanten Sparpaket «Leistung und Strukturen» im Rat und letztlich auch nach aussen zu vertreten. Mit dem Eintretensvotum von Felicitas Zopfi, unserer Kantonalpräsidentin, und Wortmeldungen von einigen anderen Mitgliedern der Fraktion war es uns möglich, ein starkes Signal auszusenden. Während der Sondersession herrschten vor allem Ideologien, Grabenkämpfe, Handlungsblockaden, Machtspiele und Interessenvertretung vor. Wir haben die bürgerliche Steuerstrategie wiederholt angeprangert und die vielen Widersprüche von CVP, FDP und SVP aufgezeigt.

Somit ziehe ich ein durchzogenes Fazit über meine ersten 60 Tage als Kantonsrat. Ich bin stolz auf die klare Haltung der SP-Fraktion. In allen Voten war spürbar, dass wir uns für alle statt für wenige einsetzen. Jetzt gilt es mit aller Kraft, im Dezember während der Budgetdebatte den unerträglichen Teil der Sparmassnahmen mit dem Aufgaben- und Finanzplan (AFP) zu bekämpfen.

Im bürgerlichen Kanton Luzern ist die Arbeit als SP-Kantonsrat tatsächlich kein Zuckerschlecken. Aber das hatte mir vor der Wahl ja auch niemand versprochen.



**Andy Schneider**  
SP-Kantonsrat, Rothenburg

## 9. BERNER SUPPE

Nationalrätin Prisca Birrer-Heimo berichtet aus der Wintersession des Parlamentes

Mit offerierter Suppe

Keine Anmeldung erforderlich

17. Dezember 2014, 19.30 Uhr

Ristorante Cavallino, Schüpflheim

